

Volkszeitung

Nr. 13.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7 gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellen-Gesuche 50%, -Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Zamenhofs 17, III-16
Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5-6 Uhr.
Telephon des Schriftleiters: 28-45.

Der Abonnementspreis für den Monat Januar beträgt Zloty 2,40, wöchentlich 60 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — für Amerika einen Dollar monatlich.

3. Jahrg.

Japan und Rußland.

Es liegen Anzeichen vor, daß das vor wenigen Tagen erfolgte Zustandekommen der Pekingener Vereinbarung zum großen Teil auf das Drängen Japans zurückzuführen ist. Die Eile, die die beiden vertragschließenden Parteien gehabt haben, wird aus dem Inhalt des Vertrages ersichtlich. Die Regelung wichtigster Fragen, auf die früher größtes Gewicht gelegt worden war, ist auf später verschoben worden. Offenbar war das Wichtigste für Sowjetrußland, sowie für Japan, überhaupt eine vertragliche Einigung und damit die politischen Folgen, die in einer solchen liegen, herbeizuführen. Japan erkennt die Sowjetregierung in aller Form an, ein gewaltiger Vorteil für die Gesamtpolitik Sowjetrußlands, das schon durch den vor einigen Monaten erfolgten ähnlichen Schritt Chinas auf dem asiatischen Kontinent stark an Prestige und Spielraum gewonnen hatte. Aber der russisch-japanische Vertrag geht noch weit über die gegenseitige Anerkennung hinaus. Er verpflichtet die beiden, ihrem inneren Wesen nach wirklich recht fremden Parteien, keinerlei Abkommen mit anderen Mächten zu schließen, durch die die Gebiets-hoheit und die Interessen des einen der beiden Kontrahenten geschädigt werden könnten. Die Pekingener Vereinbarung stellt gewiß kein russisch-japanisches Bündnis her, aber sie ist ein auf Gegenseitigkeit beruhender politischer Neutralitätsvertrag.

Die Möglichkeit des Vertragsabschlusses ist durch gewisse beiderseitige Zugeständnisse herbeigeführt worden. Japan verpflichtet sich, noch in diesem Frühjahr die nach dem Vertrage von Portsmouth russisch geliebene Nordhälfte der Insel Sachalin zu räumen, die es seit der Zeit seiner sibirischen Intervention besetzt gehalten hatte, angeblich um einen Druck zur Erlangung einer russischen Sühne für die im Mai 1920 erfolgte Niedermehelung der japanischen Kolonie in Nikolajewsk zu erlangen. Als Gegengabe für dieses Zugeständnis verspricht Sowjetrußland Japan unter gewissen fiskalisch-wirtschaftlichen Bedingungen wertvolle Petroleum- und Kohlen-Konzessionen auf seinem Teil von Sachalin und in Ostsibirien; zur Beilegung des Zwischenfalls von Nikolajewsk hat außerdem der russische Botschafter in Peking, Karachan, eine Note an den amtlichen Vertreter Japans gerichtet, in der die Sowjetregierung ihrem Bedauern über die Ermordung der Japaner in jener ostsibirischen Stadt Ausdruck gibt. Der Umstand, daß nunmehr Japan Besitzer der wertvollen Delquellen auf Sachalin geworden ist, was eine erhebliche Stärkung der japanischen Seepolitik bedeutet, beansprucht größte Beachtung durch die Vereinigten Staaten, und zwar dies umso mehr, als Amerika die in Frage kommenden Konzessionen selber hätte erhalten können. Tatsächlich hat die Sowjet-Diplomatie in der Frage dieser Konzessionen in kluger Weise verstanden, Japan und die Vereinigten Staaten gegeneinander auszuspielen.

Zu den Problemen, die später zu erledigen sind, gehört die Frage der russischen Schulden.

Neue Belastungen der Mieter.

Annahme der Quartiersteuer durch die Senatskommission.

Die Budgetkommission des Senats befaßte sich mit dem Regierungsprojekt über die Einquartierung des Militärs in der Friedenszeit. Das Projekt sieht bekanntlich eine Besteuerung der Mieter für die Zeit von 10 Jahren in der Höhe von 4 Prozent des Mietzinses vor. Für die Summen sollen vom Staat Gebäude errichtet werden, die als Quartiere für das Militär dienen sollen.

Die Berichte über diese Kommissionsitzung beweisen, daß die Herren Senatoren das Projekt als eine Selbstverständlichkeit betrachteten. Der Streit ging nur darum, ob Stadt und Land, oder nur die Stadt oder das Land zahlen soll. Senator Kotenstreich (Jude) plädierte für die Belastung des Landes. Angenommen wurde der Antrag des Senators Nowodworiski, wonach alle Mieter in vierteljährlichen Raten die vierprozentige Jahressteuer zahlen sollen.

Die Regierung hat mit dieser Art der Erledigung von Projekten (sie hat sich zuerst an den Senat und nicht an den Sejm gewandt) gezeigt, daß sie vom

Sejm eine schwache Unterstützung des Projektes erwartet. Es ging ihr darum, auf Umwegen die Klubs der Mehrheit für die Steuer zu gewinnen.

Unserer Ansicht nach muß diese Steuer unbedingt verworfen werden. Es geht nicht an, daß zu den heute bereits außerordentlich hohen Besteuerungen noch weitere Belastungen hinzukommen sollen. In der gegenwärtigen Wirtschaftsnot, in der die Mieter außerstande sind, die 25prozentigen Vorkriegsmieten zu zahlen, ist eine Zusatzbelastung unmöglich. Die Regierung muß aus eigenen Mitteln für die Einquartierung sorgen oder die Kapitalisten heranziehen, oder, was entschieden das vernünftigste wäre, den Militarismus abbauen.

Der Sejm muß diesen neuen Anschlag auf die Taschen der Werktätigen abweisen und Herrn Grabski lehren, daß man neben einer die Bevölkerung den Atem raubenden Finanzsanierung nicht auch noch einen großzügigen Wohnungsbau auf Kosten der Besitzlosen bewerkstelligen kann.

Während in dem deutsch-russischen Vertrag von Rapallo Deutschland grundsätzlich auf einen Schadenersatz für die auf Grund Sowjetrussischer Gesetze gegen deutschen Privatbesitz erfolgten Konfiskationen unter der Voraussetzung verzichtet, daß die Regierung der Sowjetrepublik ähnliche Ansprüche auch gegenüber dritten Staaten nicht befriedigt, wird in dem Vertrage zwischen Rußland und Japan der Grundsatz aufgestellt, daß Rußland seinen Schuldverpflichtungen gegenüber Japan nachkommen müsse, jedoch nur nach Maßgabe der zusätzlichen Bestimmung, daß die Sowjetregierung lediglich in dem Verhältnis zu zahlen haben werde, in dem sie ihre Schulden an andere Länder, die das gegenwärtige russische Regime anerkannt haben, bezahlt.

Von besonderem Interesse ist, was der Pekingener Vertrag hinsichtlich einer Revision der vertrapolitischen Verhältnisse zwischen Japan und Rußland ins Auge faßt. Eine ins Einzelne gehende Beurteilung dieser wichtigen Frage wird man sich vorbehalten müssen, bis der genaue Wortlaut des Vertrages vorliegt. Offenbar hat Sowjetrußland den Vertrag von Portsmouth, also den Friedenspakt, der nach dem russisch-japanischen Kriege von 1904/05 abgeschlossen wurde, als politische Grundlage anerkannt. Andererseits scheint sich aber die japanische Regierung verpflichtet zu haben, in eine Neuregelung der Ausführungsbestimmungen dieses Instruments einzuwilligen, bei denen es sich um ein ganzes Bündel komplizierter, die Gestaltung der Verhältnisse in der Mandschurei betreffender Abmachungen handelt. Es liegt auf der Hand, daß China an dieser Frage regsten Anteil nimmt, deshalb ist es nicht verwunderlich, daß von chinesischer Seite der Abschluß des russisch-japanischen Vertrages durch die Absendung einer Note begleitet wurde, in der die chinesische Regierung ein für allemal für den Fall Verwahrung einlegt, daß Japan und Rußland mit Bezug auf die

Mandschurei weitere Regelungen treffen sollten, die die chinesischen Hoheitsrechte schädigen würden.

In der Absendung der chinesischen Verwahrungsnote ist zunächst eher eine freundschaftliche Warnung als ein chinesischer Protest zu erblicken, denn der Gedanke liegt nahe, daß die chinesische Regierung den Abschluß des russisch-japanischen Vertrages, der ja in Peking verhandelt und unterzeichnet wurde, nicht ungerne sieht. In einem Leitartikel der „Frankfurter Zeitung“ ist kürzlich auf gewisse Bestrebungen, einen politischen Ausgleich zwischen China, Japan und Rußland und dadurch einen ostasiatischen Block gegen die angelsächsischen Mächte zu schaffen, hingewiesen worden. An diesen Bestrebungen sind die chinesischen Regierungskreise nicht unbeteiligt. Im Sinne dieser Bestrebungen liegt die russisch-japanische Vereinbarung. Der erste Schritt zu der Schaffung des ostasiatischen Blocks wäre also getan. Bis zu der wirklichen Erreichung des Ziels aber wird der Weg noch weit und überaus schwierig sein. Die Jahre, die seit 1905 vergangen sind, haben in den nördlichen chinesischen Randgebieten Zustände geschaffen, die nicht so leicht zu beseitigen sein werden. Ihre Beseitigung wird aber eine unerläßliche Vorbedingung für den erstrebten Ausgleich der drei Mächte sein. Sie wird in erster Linie von der Einsicht der japanischen Politik abhängen. Ob Japan aber in genügendem Maße Einsicht zeigen wird, ist trotz seiner Bereitwilligkeit zum Vertragsabschluß mit Rußland noch keineswegs erwiesen. Es ist zur Anerkennung Sowjetrußlands geschritten, in erster Linie, um vor den Vereinigten Staaten einen Vorsprung zu gewinnen. Will es einen wirklichen Ausgleich mit Rußland und China, so wird es noch große Zugeständnisse machen müssen. Der Abschluß des russisch-japanischen Vertrages bedeutet also noch nicht die Schaffung eines Zustandes, sondern nur den ersten Schritt dazu. Die Vereinigten Staaten werden sich das Ereignis als ernste Warnung dienen lassen müssen. F. Z.

Die erste Folge des russisch-japanischen Abkommens.

Die japanische Regierung hat der rumänischen Regierung mitgeteilt, daß sie im Prinzip die Einverleibung Bessarabiens nur anerkennen kann, wenn der betreffende Vertrag auch seitens Italiens, Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten ratifiziert wird.

Korfanty konferiert mit Witos.

Die heutige polnische Morgenpresse druckt die nachstehenden Informationen des „Kurjer Ilustr. Codzienny“, des bekannten Witosblattes ab:

In den letzten Tagen begann auf dem Parlamentsterrain eine starke Aktion, die den Zweck hat, die politische Gestaltung des Staates umzubauen. Der Umbau bezieht sich auf die Aenderung der Verfassung und der Wahlordnung. Die Initiative kommt vom „Piaſt“ und von der Chadecja.

Vorgestern konferierte Abg. Witos mit Abg. Korfanty. Korfanty schlug vor, ein starkes Zentrum zu schaffen, das aus der Chadecja, dem „Piaſt“ und der Gruppe Matakievicz bestehen soll. Dieses „Zentrum“ hätte die Aufgabe, die Aenderung der Verfassung und der Wahlordnung zu erfüllen.

Herr Korfanty hat auch die N. P. R. zu diesem Zentrum eingeladen, doch hat diese sich vorläufig noch nicht entschlossen. Die unterrichteten Kreise behaupten, daß die Verständigung nicht die Absicht habe, Grabſki zu stürzen. Sie sei auf „eine weitere Aussicht“ eingestellt.

Weitere Gespräche zwischen diesen beiden Parlamentariern sind zu erwarten.

Zu diesen Meldungen bemerken andere Zeitungen, daß Witos und Korfanty noch nicht einig seien, da beide große Lust haben, das Portefeuille des Ministerpräsidenten in einer neuen Regierung zu übernehmen.

Zu diesen von uns teilweise bereits vorausgesagten Nachrichten bringt ein Blatt die Meldung, daß vorgestern der Abg. Stapiński mit dem Warschauer Rechtsanwalt Dr. Grel eine Wette abgeschlossen habe, daß der Sejm aufgelöst wird und Neuwahlen stattfinden werden.

Herr Stapiński wird höchstwahrscheinlich verlieren, denn an Sejmauflösung denkt heute niemand. Was Korfanty und Witos anbelangt, so muß man abwarten, wann der Handel perfekt ist.

Eine Abrechnung mit Grabſki.

In der Diensttagssitzung der Sejmkommission für Budgetfragen hat der jüdische Abg. Rosmarin eine Rede über die Wirtschaftspolitik des Finanzministers Grabſki gehalten, die einen tiefen Eindruck hinterließ. Abg. Rosmarin führte aus: „Schon die ersten Augenblicke der Regierungszeit Grabſkis brachten eine große Enttäuschung. Grabſki hat mit seinen Feinden den Kampf auf der ganzen Linie aufgenommen. Indem er gegen die Juden vorging, hoffte er die polnischen Parteien für sich zu gewinnen, die auf ihren Fahnen den Antisemitismus geschrieben haben. Nach einer kurzen Zeit erwies sich dieses in Polen so oft erprobte Mittel als grundfalsch, denn diese Parteien wandten sich zuerst von Grabſki, weil er ihre Taschen doch nicht ganz verschonen konnte.“

Interessant ist das Verhältnis zwischen Regierung und Sejm. Wenn heute die Regierung Grabſki eine Erklärung abgeben müßte, auf welche Parteien sie sich stützt, so würde sie sich in großer Verlegenheit befinden, denn keine der Parteien will die Verantwortung für die Tätigkeit der Regierung übernehmen. Es ist schon des öfteren vorgekommen, daß die Oppositionsparteien für Grabſki und die Regierungsparteien gegen Grabſki stimmten. Es ist selbstverständlich, daß dieses Hin und Her der Regierung ganz plötzlich den Lebensatem ausblasen kann.

Wie sind weit davon entfernt, um in Grabſki nicht den Mann zu sehen, der ein Stück Arbeit auf dem Gebiete der Finanzsanierung geleistet hat. Grabſki hat übrigens über sich selbst das Urteil gesprochen, indem er feststellte, daß er die Sanierung in zwei Etappen geteilt hat, u. zw. auf die Sanierung der Finanzen und auf die Sanierung der Wirtschaft. Damit hat er erwiesen, daß er wohl tüchtig, aber mit den Problemen und Nöten der Wirtschaft nicht vertraut ist.

Nach dem Expose des Finanzministers beträgt die Steuerbelastung jedes Bürgers 45 Słoty, während sie vor dem Kriege kaum 25 Słoty erreichte. Diese Finanzpolitik führt zum Ruin der Wirtschaft. Grabſki bewegte sich auf der Linie des schwächsten Widerstandes. Er nahm dort Geld, wo es am leichtesten zu erhalten war. Er suchte dort die Steuern, wo Schilder waren. Er nahm soviel, wieviel ihm gefiel. Die Unterbehörden des Finanzministeriums gingen noch weiter. In ihrer Willkür übertrafen sie ihren Meister. Es ist heute bereits so weit gekommen, daß jeder Steuerzahler in Polen als ein Betrüger angesehen wird. Seiner Erklärung wird kein Glauben geschenkt. Dies ist ein System, das dazu geschaffen scheint, um die Bürger zu demoralisieren und sie zu zwingen, falsche Angaben zu machen.

Der Geldumlauf ist viel zu klein. Er reicht nicht einmal dazu aus, um die notwendigsten wirtschaftlichen Ausgaben zu decken. Dies läßt sich am besten durch nachstehende Zahlen illustrieren: Auf jeden Bürger entfallen vom Słotyumlauf 25 Słoty, dagegen hat jeder Bürger 45 Słoty Steuern zu bezahlen.“

Um die Auslandsanleihe.

(Von unserem Warschauer K.-Korrespondenten.)

Wie wir aus den der Regierung nahestehenden Kreisen erfahren, wird die Realisierung der amerikanischen Anleihe immer wahrscheinlicher. Gegenwärtig wird die Nachricht verbreitet, daß es sich um eine Anleihe in Höhe von 100 Millionen Dollar zu 8 Prozent handelt. Es werden Versuche gemacht, die Anleihe in einem anderen Staate zu hinterlegen u. zw. unter der Bedingung einer 4-prozentigen Verzinsung. Die Anleihe würde uns demnach 4 Prozent jährlich kosten. Selbstverständlich kommen noch Vermittlungsgelder sowie Bankkosten hinzu, so daß im ganzen Polen ungefähr 6 bis 7 Prozent jährlich zahlen müßte.

Die Anleihe soll in Frankreich hinterlegt werden, obwohl nicht zu verkennen ist, daß dies mit politischen Schwierigkeiten verbunden sein dürfte. Es ist nämlich allgemein bekannt, daß die amerikanischen Kapitalisten nicht viel für Frankreich übrig haben und der wirtschaftlich-finanziellen Stärke dieses Landes nur wenig vertrauen.

Es ist zu erwarten, daß Grabſki demnächst Stellung zu der Auslandsanleihe nimmt, denn die herumstehenden Gerüchte wirken beunruhigend auf unsere Wirtschaft. Schon heute steht es fest, daß, falls wir eine Anleihe bekommen sollten, diese keinesfalls für militärische Rüstungen Verwendung finden dürfte.

Mit dem Anleihegerücht wird gleichzeitig verbreitet, daß die Rechte des Sejm sich zu einem Angriff gegen Grabſki vorbereitet. Grabſki soll über die Klänge springen und dem ehemaligen Finanzminister Michalski Platz machen. Mit dem Sturz Grabſkis würde Michalski die Steuern ermäßigen, um auf diese Weise eine Stimmung im Lande zu schaffen, die bei Neuwahlen in den Sejm eine Stärkung der Rechtsparteien sichern würde. Die dadurch entstehenden Lücken im Budget sollen durch die amerikanische Anleihe gedeckt werden.

So unwahrscheinlich dies klingt, so ist es bei der Verfassung der Rechtsparteien nicht ausgeschlossen, daß sie mit solchen Plänen schwanger gehen.

Polen und die Sowjets.

Bei der Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens durch den Moskauer polnischen Gesandten, Kentzynski, wurde von diesem und dem Präsidenten des Exekutivkomitees der Sowjets, Kalinin, der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Unterspaltung von gutnachbarlichen Beziehungen zur Festigung des Friedens beitragen werde. Da Kentzynski von Kalinin auch in Privataudienz empfangen wurde, so glaubt man annehmen zu dürfen, daß man in Sowjetrußland nicht abgeneigt ist, in freundlichere Beziehungen zu Polen zu treten.

Die Helsingforsker Konferenz hat die Sowjets jedoch aus dem Häuschen gebracht. Die kommunistische Presse wütet gegen Polen. Bemerkenswert sind die Neußerungen des offiziellen Blattes der Regierung, der „Pravda“. Die „Pravda“ betont in demonstrativer Weise, daß die russisch-polnischen Beziehungen gerade neuerdings wieder einen sehr unerfreulichen Charakter angenommen hätten. Der polnische Außenminister Strzynski ließe es zwar, in weiterschweifigen Reden Polens Sehnsucht nach guten und friedlichen Beziehungen zum Sowjetbunde zu beteuern, aber soeben erst habe Polen auf der Helsingforsker Konferenz ein gegen Moskau gerichtetes Bündnis der Randstaaten zu schaffen versucht und es sei nicht ihm zu verdanken, daß diese Konferenz „wie alle baltischen Konferenzen nach leeren Redereien in Festessen ausmündete“. Kaum wäre nun dieser Plan mißlungen, so könne man schon in der „Gazeta Warszawska“ einen Appell an England lesen, das dringend ermahnt werde, die angebliche Gleichgültigkeit seiner Lage am Nil und am Ganges mit der Lage in den polnischen Ostgebieten zu berücksichtigen und Polen seine Unterstützung zu leihen.

Die „Pravda“ meint dazu, daß diese Anbiederungsversuche an England keine Aussicht auf Erfolg hätten, da man in London erstens kein Interesse an einer Stützung der polnischen Bedrückungspolitik gegen die Weißrussen und Ukrainer habe und zweitens die neuen Vorstöße des mit Frankreich so eng liierten Polen gegen Danzig in London Argwohn erregt hätten. Strzynski aber wird ermahnt, derartigen Plänen einen Riegel vorzuziehen und seine angebliche Friedensliebe durch Taten zu beweisen.

Es ist vielleicht nicht nur Zufall, daß Rakowski gerade jetzt der Moldawanen-Sowjetrepublik ein Begrüßungstelegramm gesandt hat, in dem er seiner Freude über diese „Bildung einer neuen Front an der Südwestgrenze des Sowjetbundes“ Ausdruck gibt und seinen baldigen Besuch ankündigt. Die Moldawanen-Republik ist bekanntlich in der gleichen Weise gegen Rumänien errichtet worden, wie die weißrussische Sowjetrepublik gegen Polen.

Sensationelle Wendung in der Steigeraffäre.

Im September vorigen Jahres wurde bekanntlich während des Aufenthalts des Staatspräsidenten Wojciechowski in Lemberg eine Bombe gegen seinen Wagen geworfen, die aber keinen Schaden anrichtete. Obwohl die Annahme nahelag, daß der Anschlag von revolutionären ukrainischen Kreisen ausging, wurde der junge Jude Steiger, der zufällig in der Nähe stand, festgenommen und obwohl kaum irgendwelche Beweisgründe gegen ihn vorlagen, bis zum heutigen Tage im Gefängnis festgehalten. Die Angelegenheit nahm eine sensationelle Wendung, als zwei jüdische Abgeordnete auf Grund von Aussagen des ukrainischen Studenten Miketyń nachwiesen, daß nicht Steiger der Täter gewesen sei, sondern ein gewisser Panciszyn, der ohne weiteres zugab, an zahlreichen Verschwörungen gegen den Staat, unter anderem an der furchtbaren Explosion in der Warschauer Zitadelle, beteiligt gewesen zu sein und ebenso an dem Befehlungsversuch der beiden wegen anderer Attentate zum Tode verurteilten kommunistischen Offiziere Baginski und Wierockiewicz. Aus den Aussagen Miketyńs, der zweifellos, obgleich er Mitglied eines ukrainischen Verschwörerklubs war, als polnischer Polizeispitzel diente, ging hervor, daß die Polizei in Lemberg über den bevorstehenden Bombenanschlag gegen den Präsidenten unterrichtet war, daß sie aber die Meldungen Miketyńs nicht ernst genug nahm, so daß unter allen Umständen die Polizei ein Interesse daran hat, die Leont aufrecht zu erhalten, daß der Anschlag nicht von Ukrainern, sondern von Juden ausging. Panciszyn war in Kalisz auf Anordnung der Regierung verhaftet worden. Nun verbreitet die Lemberger Polizei die Meldung, daß Miketyń seine Aussage geändert und verschiedene Juden angeklagt habe, sie hätten ihn zur früheren Aussage veranlaßt, um Steiger zu retten. In Lemberg sind daraufhin vier der angesehensten Juden verhaftet worden, und in Warschau der Druckereibesitzer Jäger, der gerade mit jüdischen Abgeordneten im Hotel speiste.

Ein englisch-französisch-deutscher Garantiepakt?

In der englischen wie auch in der französischen Presse wird in letzter Zeit der Gedanke eines Garantiepakts zwischen England, Frankreich und Deutschland in Erwägung gezogen. Der Gedanke selbst soll von Lloyd George stammen. England habe kein Interesse, einen Pakt nur mit Frankreich abzuschließen, denn dann würde sich Europa in zwei feindliche Lager teilen. Es komme daher nur ein Garantiepakt in Frage, dem auch Deutschland angehört. England würde dann die Rolle eines Schiedsrichters zwischen Frankreich und Deutschland spielen.

Die Pariser Presse, die gerade nicht feindlich einem solchen Pakt gegenübersteht, erhebt jedoch Bedenken, daß Deutschland mit dem Beitritt zum Garantiepakt die Forderung nach einer Revision der Ostgrenzen stellen werde. Die Revision der deutschen Ostgrenzen könnte jedoch nur auf Kosten Polens und der Tschechei vorgenommen werden, wodurch Frankreich die allzumühtigen Vasallen verlieren könnte.

Neue Lohnstreitigkeiten in Oberschlesien.

Am 1. Februar l. J. läuft der Tarifvertrag ab. Bei den Verhandlungen am 28. Januar proponierten die Arbeitgeber Herabsetzung der Löhne um 10 Prozent, während die Arbeiter die Erhöhung bis 35 Prozent fordern. Den Streit wird das Schiedsgericht in Warschau entscheiden.

Kleine politische Nachrichten.

Ein weißrussischer Kongreß in Polen. Der Weißrussische Provisorische Nationalrat will im Frühling in Wilna einen Kongreß der Vertreter der weißrussischen Bevölkerung Ostpolens einberufen. Man erwartet die Beteiligung von etwa 1000 weißrussischen Delegierten. Man kann wohl erwarten, daß die scharfen nationalen Spannungen in Ostpolen und die oppositionelle Politik der Weißrussen in diesem Kongreß zum Ausdruck kommen werden. Schikane der Minderheiten in Litauen. Die Litauer des litauischen Sejm stellten den Antrag, die Minderheiten (Polen, Deutsche und Juden) von der Beteiligung an den Beratungen in den Kommissionen auszuschließen. Der Streit mit Danzig. Am Montag konferierten die Vertreter der polnischen Sozialisten, die Abg. Dr. Lieberman und Zulaufski, mit der Danziger deutschen Sozialdemokratie, um die Beilegung des Briefkastenstreites herbeizuführen.

Sejm.

(Von unserem K-Parlamentsberichterstatter).

Die Postkastenaffäre.

Der Sejm hatte am Mittwoch zu 2 Anträgen, die den Streit mit Danzig betreffen, Stellung zu nehmen. Der eine Antrag stammte von den Mehrheitsparteien, der zweite von der P. P. S. Der Antrag der Mehrheitsparteien wurde angenommen. In der wichtigsten Stelle heißt es, daß die Danziger Behörden entgegen dem Versailleser Vertrag, der Pariser und Warschauer Konventionen ständig danach streben, willkürlich die Rechte Polens zu beschneiden. Die Regierung wird aufgefordert, alle Schritte zu unternehmen, um die polnischen Rechte auf Danzig zu unternehmen, um die polnischen Rechte auf Danzig und damit den Zugang zum Meere für Polen zu sichern. Der Antrag der P. P. S. betonte mehr das friedliche Moment. Zur Danziger Frage gab auch Außenminister Strzyński eine Erklärung ab, die in den Worten gipfelte: „Die Freiheit der Freistadt Danzig muß sich auf das Recht stützen. Die Freiheit, die gegen das Recht besteht, ist ein grober Mutwille, mit der die Majestät des Rechts und die Majestät der Republik Polen noch fertig werden wird.“

Das Projekt der Novellierung des Gesetzes über die Einkommensteuer wurde an die Kommission zurückgewiesen. Bei der Besprechung stellte es sich nämlich heraus, daß für den Entwurf der Regierung die Linksparteien eintraten, während die Regierungsparteien nichts davon wissen wollten.

Votales.

Von der Lodz'er Krankenkasse.

In der Dienstagssitzung der Verwaltung der Krankenkasse teilte der Vorsitzende Kaluzynski mit, daß der Streit mit dem Ärzteverband scharfe Formen angenommen hatte. Die Ärzte drohten, am Donnerstag früh in den Streik zu treten, falls die entlassenen zwei Ärzte, Dr. Landau und Dr. Lukasiewicz, nicht wieder eingestellt werden. Schließlich einigte man sich auf eine Schiedskommission unter Vorsitz des Senators Dr. Kopicinski, die eine für beide Teile verpflichtende Entscheidung herbeiführen soll.

Herr Razmierczak berichtete hierauf über die Reise der Delegation in Sachen des Gehalts für den Direktor nach Warschau zum Bezirksversicherungsamt. Das Amt erklärte, daß das Gehalt über die Höhe des Staatsbeamtengehalts der 3. Kategorie hinausgehen darf. Angesichts dessen bestätigte die Verwaltung das bereits unterzeichnete Abkommen mit Dr. Arzt (1480 Floty monatlich und 4 jährige Zeitdauer des Kontrastes). Dr. Arzt übernimmt seine Funktionen von Montag ab.

Der Vorsitzende teilte mit, daß die letzte Vollversammlung des Rates der Krankenkasse für ungültig erklärt wurde, weil die Vertreter der einzelnen Listen anstelle der Ratsdelegierten, die in die Verwaltung gewählt wurden, zur Sitzung nicht eingeladen waren. Beschlossen wurde, die Sitzung für Freitag, den 13. Februar l. J., fortzusetzen. Auf der Tagesordnung steht der Antrag der Verwaltung um Erhöhung der Versicherungsgebühren, die Erledigung der Frage der Direktion der Kasse sowie u. a. der Kauf eines Platzes an der Lagiewickastrasse 33 zum Bau eines Ambulatoriums. Zum Schluß wurde eine Kommission zur Abschätzung des Vermögens der Kasse vom 1. Oktober 1924, bestehend aus 6 Verwaltungsmitgliedern, gewählt.

Das Präsidium des Stadtrats und die D. A. P.

In der letzten Sitzung des Stadtrats wurde mit den Stimmen der linken Parteien Stadtverordneter Reinhold Alim als Sekretär des Präsidiums gewählt.

Arbeitslosenunterstützungen.

Am heutigen Donnerstag erhalten Unterstützungen: Im Büro 2, 5, 8 von 2251 bis Ende, im 4 und 7. Büro von 2251 bis 3000, im Büro 1, 3, 9 von 3001 bis 4000, im Büro 4 von 5001 bis 6000. Am Freitag im Büro 6 und 7 von 3001 bis Ende, im Büro 1, 3 und 9 von 4001 bis 5000 und im Büro 4 von 6001 bis 7000. Am Sonnabend im Büro 1, 3 und 9 von 5001 bis 6000 im Büro 2a von 6001 bis 7000 und im Büro 4 von 7001 bis 8000.

Die 10 prozentige Lohnerhöhung muß gezahlt werden.

Da sich in der letzten Zeit verschiedene Industrielle weigern, die durch den Schiedspruch festgestellte 10 prozentige Lohnerhöhung zu gewähren, mußten die Arbeitsinspektorate einschreiten. Die Inspektion fordert kategorisch die Auszahlung des Zuschlags. Bisher haben in allen vorgekommenen Fällen die Industriellen nachgegeben.

Maritäre Reinigung.

Die Behörden machen bekannt, daß am Montag alle kommunalen und behördlichen Ämter wie an jedem anderen Wochentage tätig sein werden. Auch in den Schulen findet der Unterricht statt.

Die Arbeitslosigkeit in Polen.

Nach offiziellen Daten betrug die Zahl der registrierten Arbeitslosen Anfang Januar 165 160. Unterstützungen bezogen 74 376 Arbeiter.

Die Lebensunterhaltskosten in den europäischen Großstädten.

Nach den amtlichen Feststellungen betragen die Unterhaltskosten in den europäischen Großstädten im Verhältnis zu Warschau (das mit 100 bezeichnet wird): Belgrad 95,2, Berlin 105,2, Budapest 111,9, London 131,3, Madrid 136,8, Moskau 128,3, Oslo (Christiania)

98, Paris 97,2, Prag 86,6, Stockholm 83,4, Sofia 88,4, Wien 88,4.

Die Kanalisation für Lodz. In unzähligen Briefmeldungen informiert der Magistrat die Einwohnerschaft von Lodz über die Vorarbeiten der Kanalisation, die, wie es in den Zeitungen heißt, sofort aufgenommen werden. Der Lodz'er Wojewode, Herr Darowski, der im Beginn der Kanalisations- und Wasserleitungsarbeiten mit Recht eine Waffe zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sieht, konferierte vorgestern mit dem Spezialisten der Kanalisationsabteilung, Ing. Strzywan, um zu hören, ob die Möglichkeit vorhanden ist, sofort mit den Arbeiten zu beginnen. Ing. Strzywan antwortete sehr prosaisch: „Wir könnten sofort beginnen, haben aber kein Geld und können solches im Inlande nicht aufreiben. Wir müssen eine Auslandsanleihe haben.“

Wojewode Darowski entschloß sich nach dieser Konferenz, nach einer Auslandsanleihe Umschau zu halten.

Der Magistrat kam also schon nach wenigen Wochen zu der Ueberzeugung, daß die Opposition im Stadtrat recht hat. Ohne eine Auslandsanleihe können die für den Bau der Kanalisation notwendigen 100 Millionen Floty nicht aufgebracht werden. Dadurch ist der Bau natürlich auf einen weiteren Plan gerückt.

Zahlungseinstellung der Akt.-Ges. Julius Heinzl.

Die Vertreter der Gesellschaft, Frau Anna Heinzl und Herr Oskar Alim, wandten sich an das Bezirksgericht mit der Mitteilung, daß sie zahlungsunfähig seien. Das Gericht erkannte als den Anfang der Zahlungsunfähigkeit den 15. September 1924. Der Kurator der Masse ist der Rechtsanwalt Jurkowiński.

Ein Gesetz über das Autorenrecht.

In seiner letzten Sitzung hat der Ministerrat eine Gesetzesvorlage über das Autorenrecht für jeder Art Werke der Literatur und Kunst angenommen.

Schulifest. Am Montag, den 2. Februar l. J., um 5 1/2 Uhr nachmittags, veranstaltet die deutsche Schule Nr. 103, Wulczanska Nr. 117, Leiter Herr E. Schiefer, in den Räumlichkeiten des Kirchengesangsvereins der St. Trinitatisgemeinde, Konstantinerstr. Nr. 4, ein Schulifest. Das Programm ist sehr reichhaltig. Geboten wird: Gesang, Deklamationen, turnerische Übungen, Reigen und zwei Aufführungen: „Der Augen des Lebens“ (in polnischer Sprache) und „Der Faule Freiß“ von O. Auerbach (in deutscher Sprache). Müßig liefert das eigene Schulkorchester. Eintrittskarten sind in der Kanzlei der genannten Schule zu haben. Am Tage der Aufführung an der Kasse. Gäste und Gönner werden hiermit höflich eingeladen.

Vortrag von Dr. Lohan über die kulturelle Bedeutung des Theaters.

Nachdem am letzten Montag in der Aula des deutschen Gymnasiums nach zwei und ein Drittel akademischen Vierteln Wartens endlich 19 Stühle — die von einigen Spitzen des Gymnasialvereins besetzten mit eingeschlossen — besetzt waren, konnte Herr Theaterdirektor Dr. Lohan seinen Vortrag beginnen. Es war mehr eine Plauderei als ein Vortrag im akademischen Stil beabsichtigt. Nachdem der Vortragende die frühere und jetzige Anschauung über das Theater, die Aufgabe des Theaters, den Zuschauer in einen ästhetischen Zustand zu versetzen, die notwendige physische Wechselwirkung zwischen Schauspieler und Publikum, die Klassifikation der Stücke, das Primäre (das Stück) und das Sekundäre (der Schauspieler) beleuchtet hatte, trat ein anfangs nur sehr schwaches Schmelzen des Eises beim Publikum ein und die Plauderei nahm ihren Anfang. Der weitere Verlauf zeigte uns, daß die Einhalbmillionenstadt Lodz bei jung und alt eine viel größere ästhetische Bedürfnislosigkeit an den Tag legt, als irgend ein abgelegenes Örtchen mit 20 000 Einwohnern. Selbst Freikarten bleiben unbenußt. Herrn Dr. Lohan fällt in Lodz die sonst nirgends zu findende Vielschichtigkeit des Publikums auf. Besonders sind es die Mittwoch-, an denen sich der Theaterbesuch nur fast leerer Stühle zu erfreuen hat. Bekanntlich wird an diesen Tagen den Mitgliedern der vielen Lodz'er Vereine eine hohe Ermäßigung der Eintrittspreise gewährt, wovon bis jetzt etwa 12 Personen Gebrauch gemacht haben. Zum Schluß wurde an die Versammelten die Bitte gerichtet, den Gedanken der Erhaltung des deutschen Theaters zu unterstützen. Vielleicht würde Herr Dr. Lohan die Psyche der Lodz'er Vereine eher kennen lernen, wenn er die verschiedenen Gesangsvereine — die ja nebenbei auch etwas Gesang treiben — an ihren Klubabenden bei der Pflege des Biertrinkens und der beliebten „dicken“ Wisse aufsuchen wollte. H-n.

Vom Deutschen Theater.

Aus der Theateranklage wird uns geschrieben: Heute, Donnerstag, den 29. Januar 1925, um 8 Uhr 15 Min. abends, findet im Premierenabonnement Nr. 17 die Gestaltführung des Gabriela Zapolskischen Dramas „Der Sarewitsch“ statt. Dies bühnenwirksame, interessante Stück behandelt spannende Episoden am einstigen Sarenhofe. Die Regie hat Dir. Dr. Lohan selbst inne.

Sonntag, den 1. Februar 1925, finden wie gewöhnlich 3 Vorstellungen statt, u. zw. um 3 Uhr „Phigene auf Tauris“ zum zweiten Male, um 6 Uhr der köstliche Schwank „Der Fühne Schwimmer“ und schließlich um 9 Uhr abends „Der Sarewitsch“.

Von der Deutschen Arbeitspartei.

Achtung, Ortsgruppe Zduniska-Wola!

Die Ortsgruppe Zduniska-Wola hat ihre eigene Bücherei ins Leben gerufen, doch besitzt sie leider nicht die nötigen Mittel, um die Bücherei den Bedürfnissen entsprechend zu erweitern.

Hiermit wendet sich die Ortsgruppe an alle Gönner der D. A. P., die die Hebung des geistigen Niveaus der deutschen Bevölkerung anstreben, mit der herzlichen Bitte, Bücher, die in ihren Bibliotheken entbehrlich sind, der Bücherei der Ortsgruppe freundlichst spenden zu wollen. Es können dies Bücher wissenschaftlichen und unterhaltenden Inhalts sein.

Wir hoffen, daß unsere Bitte nicht unberücksichtigt bleiben wird.

Der Vorstand

der Ortsgruppe der D. A. P. in Zduniska-Wola.

N.B. Bücherspenden für die Ortsgruppe Zduniska-Wola nimmt auch die Geschäftsstelle der D. A. P., Samenhofa 17, dankend entgegen.

Jugendabteilung der Deutschen Arbeitspartei Polens.

Musiksektion. Auf Grund eines Beschlusses des Vorstandes der Jugendabteilung ist Herr Edward Ende zum musikalischen Leiter der Musiksektion bestellt worden. Das Orchester besteht jetzt aus 30 Personen und wird unter der tatkräftigen Leitung des Herrn Ende gewiß schöne Erfolge erzielen. Zum ersten Male wird das vergrößerte Orchester mit dem neuen Leiter zu dem am Montag, den 2. Februar, stattfindenden Unterhaltungsabend der Jugend auftreten.

Aus dem Reiche.

Bevorstehende Auflösung des Stadtrats in Pabianice.

Wir berichteten bereits darüber, daß der Pabianicer Magistrat wegen schlechter Wirtschaft einige Male Beweise von der Wojewodschaft erhalten hat, daß eine Prüfungskommission eingesetzt wurde, die Unregelmäßigkeiten feststellte usw. Aufgedeckt wurde die Mißwirtschaft von der Opposition der polnischen Sozialisten.

Trotzdem beharrte die Mehrheit — Chadecja und R. P. R. — am Ruber. Die Regierungsmehrheit betrug 14 Stimmen.

In der letzten Zeit ist die Regierungsart der nationalen Familie selbst der Chadecja zu bunt geworden. Die Vertreter dieser Partei in einer Anzahl von drei Stadtverordneten, die im Magistrat nicht vertreten waren, legten ihre Mandate nieder, wodurch das Quorum dekomplettiert wurde. Der Vertreter der Deutschen legte keine große Initiative an den Tag und „machte nur mit“.

In der letzten Sitzung bröckelte selbst ein Stadtverordneter der Regierungsmehrheit ab. Infolgedessen mußte die Mehrheit, der die Gefahr drohte, in kürzester Zeit in der Minderheit zu bleiben, ernstlich nachdenken, ob die Position noch zu halten sei. Nachdem der Gedanke der Ergänzungswahlen abgelehnt wurde, beschloß man schließlich, sich selbst aufzulösen und sich an die Regierung mit der Bitte um Ausschreibung von Neuwahlen zu wenden.

Es ist somit zu erwarten, daß Pabianice in nächster Zeit einen neuen Stadtrat wählen wird. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die deutsche werktätige Bevölkerung, die heute in der D. A. P. eine Stütze gefunden hat, für diese Wahlen ein größeres Interesse bekunden wird, als für die vor 5 Jahren. Sie müssen sich durch eigene Vertreter den Einfluß im Stadtrat sichern.

Streik der Krankenkassenärzte in Tomaszow.

Wie in den meisten Krankenkassen, so stellten auch in Tomaszow die dortigen Krankenkassenärzte Gehaltsforderungen und zwar eine Erhöhung der Gehälter um 45%. Da diese Forderungen direkt aus der Luft gegriffen waren, so lehnte sie die Verwaltung der Bezirkskrankenkasse Tomaszow ab. Die Verwaltung nahm den berechtigten Standpunkt ein, daß nur der Teuerungszuwachs, der in der Höhe von 23%, berechnet worden ist, in Frage genommen werden kann und dies noch mit der Einschränkung, wenn derselbe auch den Textilarbeitern zugesprochen wird. Da dies nicht der Fall war und das Schiedsgericht den Textilarbeitern nur eine Lohnerhöhung von 10% zubilligte, so sah sich die Verwaltung der Krankenkasse anerkennend, den Ärzten mehr als eine 10% Gehalts-erhöhung zu bewilligen. Die Ärzte ließen sich aber nicht in Verhandlungen mit der Verwaltung ein und traten am vergangenen Donnerstag in den Streik, trotzdem der Wojewodschaftsverband, Sitz Lodz, vermitteln wollte. Diese Vermittlung wurde von den Ärzten in kategorischer Weise abgelehnt.

Die Verwaltung der Krankenkasse tat ihr Möglichstes, um einen Streik der Ärzte zu verhindern. Sie berief am 6. Januar den Krankenkassenrat zu einer Sitzung ein, der den Standpunkt der Verwaltung guthieß und die Forderungen der Ärzte, die Gehälter bis 1400 Floty monatlich in der Krankenkasse neben ihrer Privatpraxis beziehen, für unberechtigt bezeichnete.

Am Dienstag, den 27. d. Mts., begaben sich zwei Delegierte der Verwaltung der Kasse und zwar: der stellvertretende Vorsitzende der Verwaltung und das Verwaltungsmitglied Jecz von der D. A. P. nach Warschau, um beim Bezirksversicherungsamt in Sachen des Ärztestreiks zu intervenieren. Die Delegierten wurden von Abg. E. Jerbe zum Leiter des Amtes, S. W. geführt. Die Delegation machte die Versicherungsbehörde auf das ungebührliche Vorgehen der Tomaszower Ärzte aufmerksam. Dieses Vorgehen der Ärzte, das dem der Ärztenverbände in den anderen Krankenkassen gleichkommt, ist nur darauf gerichtet, die Krankenkasse zu zerschlagen. Wenn die Tomaszower Krankenkasse gut wirtschaftet, so ist dies nicht das Verdienst der Ärzte, sondern der Arbeiterschaft und die Ärzte dürfen ihre Ansprüche nicht ins Unbegrenzte steigern. Der Vorschlag, die Gehaltsfrage ebenso wie in Lodz zu regeln, ist das Letzte, was die Verwaltung zubilligen kann und wird. Sie wird alle Wege gehen, um den Streik zu brechen und den Versicherten die ärztliche Behandlung wiederzugeben. Vorläufig bitten die Delegierten den Leiter des Versicherungsamtes als letzten Schritt die amtliche Intervention zu unternehmen. Direktor S. W. sagte zu, da er eingesehen hat, daß die Verwaltung alles getan hat, um den Streik zu liquidieren.

Abg. E. Jerbe besprach mit den Delegierten zum Schluß noch die Schritte, die zu unternehmen sind, um die Arbeiterschaft über das Vorgehen der Ärzte aufzuklären.

Warschau. Kommunistenverhaftungen auf dem Friedhofe. Am Sonntag wurden auf dem Friedhofe in Brudno 7 Kommunisten in dem Moment verhaftet, als sie am Grabe ihres Genossen Bialy eine Beratung abhielten. Das Grab diente bei den Beratungen als Verhandlungstisch.

Der Leser hat das Wort.

Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.

An die Redaktion der „Lodzger Volkszeitung“ hier.

Im Zusammenhange mit der Notiz unter dem Titel „Der geldhungrige Magistrat“ in Nr. 11 der „Lodzger Volkszeitung“ vom 25. I. M. bittet der Magistrat der Stadt Lodz auf Grund der Artikel 21 und 22 des Dekrets über zeitweilige Pressevorschriften um die Veröffentlichung der nachfolgenden Berichtigung:

Es ist nicht wahr, daß der Magistrat die Beträge in die Bank Polski nicht eingezahlt hat und erst vor einigen Wochen eine Teilzahlung geleistet habe. Wahr dagegen ist, daß die Einzahlung der Raten für die Aktien, die durch die Beamten gekauft wurden, durch den Magistrat rechtzeitig erfolgt ist, ja sogar vor den Abzügen von den Gehältern der Beamten. Dies beweisen die im Besitze des Magistrats befindlichen Quittungen der Zentralen Staatskasse Serie J. Nr. 761 306 vom 31. 3. 24, Nr. 762 838 vom 1. 5. 24, Nr. 763 294 vom 27. 5. 24, Nr. 764 345 vom 28. 6. 24 und 30. 7. sowie vom 30. 8. 24.

Wie aus Vorstehendem ersichtlich, ist der Schlusssatz der Notiz, als hätte der Magistrat die von den Beamten für die Aktien eingezahlten Gelder umgekehrt, grundlos und der Wahrheit nicht entsprechend.

Präsident (gez.) Cynarski.

Anmerkung der Schriftleitung:

Wir drücken diese Berichtigung ab, möchten dem Herrn Präsidenten jedoch raten, dieselbe auch an der Quelle anzubringen, aus der die Notiz der „Lodzger Volkszeitung“ stammt: Den Beamtenverbänden und der Bank Polski. Natürlich ist die Zentralstelle der Staatsbank nicht die Bank Polski. Wahrscheinlich haben sich die zwei Banken über die Einzahlung nicht verständigt und so wußte eine Hand nicht, was die andere tat. Dabei ist der Magistrat „der trauernde Hinterbliebene“ geblieben.

Aus aller Welt.

Eine Stadt von Meereswellen verschlungen. Das Städtchen Porto Alexandre in den portugiesischen Kolonien in Afrika wurde von Meereswellen überflutet und vollständig zerstört.

Grippe in Japan. In den letzten 20 Tagen verstarben in Japan an einer Grippeepidemie 4500 Personen.

Sofortiger in China. Blättermeldungen aus Tientsin zufolge, hat ein Student im Einvernehmen mit dem Koch einer Schulanstalt Arsenik den für das Personal und die Schüler bestimmten Speisen beigemischt. Der Student bemächtigte sich sodann der Kasse und bestach den Koch mit sechs Pfund Sterling. Einige hundert Personen sind erkrankt, 23 gestorben. Die Täter wurden hingerichtet.

Eine Frau, die den Klatsch verbietet. Frau Florence Knapp, die in Newyork das Amt eines Staatssekretärs bekleidet, hat als erste Amtshandlung eine Verfügung erlassen, die in allen Aemtern, die ihr unterstellt sind, den Klatsch verbietet. Frau Knapp hat dazu bemerkt, daß sich ihre Verfügung in erster Linie gegen die weiblichen Angestellten richte. In den Bureaus sei zu viel mäßiges Gerede im Gange. Das müsse während der Arbeitsstunden in Zukunft aufhören. Die Newyorker Blätter stellen mit Befriedigung fest, daß Frau Knapp selbst sehr streng die Ausführung ihrer Verfügung kontrolliert und sich persönlich davon überzeugt, daß überall während der Arbeitszeit das Klappern der Schreibmaschinen zu hören ist. — Auch unsrer Stadt täte eine solche Verordnung dringend not.

Nach 54 Jahren zum Altar. Vor 54 Jahren wanderte ein junger englischer Arbeiter George Frid aus dem Dorf Rainham in Kent nach Kanada aus und ließ eine junge Braut zurück, der ihre Verwandten nicht erlaubt hatten, ihn auf der Fahrt ins Ungewisse zu begleiten. Frid ließ sich nach manchen Kreuz- und Querzügen in Hamilton in der Provinz Ontario nieder, gründete dort eine Ziegelei und brachte es zu beträchtlichem Wohlstand. Eine Zeit lang schrieb er noch an die Braut, dann hörte der Briefwechsel auf, und er heiratete eine Kanadierin. Vor kurzem hat er sich von seinem Geschäft zurückgezogen, seine Frau war ihm gestorben, von seiner Familie wußte er nichts mehr, und so machte er unlängst eine Reise nach der Heimat, um alte Erinnerungen aufzufrischen. In Rainham fand er seine alte Braut, ein Fräulein Ann Hubbard, noch unverheiratet vor, und er hörte, daß seine erste Liebe ihm die ganze Zeit, mehr als ein halbes Jahrhundert, treu geblieben war. Das rührte ihn so, daß er ihr die Ehe antrug, und das alte Paar wurde in der Dorfkirche getraut. Die junge Mrs. Frid hat nun ihren Mann nach seinem schönen Haus in

Hamilton begleitet. Sie selbst nähert sich den Siebzigern, während ihr Mann schon über 70 Jahre alt ist.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stb. Ludwig Aut. Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

Theaterverein „Thalia“, Lodz

Deutsches Theater

im Gebäude der „Scala“, Cegielniana 18. Tel. 113 Dir.: Dr. Robert Lohan.

Heute!

Donnerstag, den 29. Januar 1925, um 8.15 abends
Premierenabonnement Nr. 17.

„Der Zarewitsch“

Drama in 3 Aufzügen von Gabriele Zapolska, deutsch von Bernhard Schallit.

Sonntag, den 1. Februar 1925.

um 3 Uhr nachmittags:

„Iphigenie auf Tauris“

Schauspiel von Johann Wolfgang von Goethe.

Um 6 Uhr nachmittags:

„Der kühne Schwimmer“

Schwanz in 3 Akten von Franz Arnold u. Ernst Bach.

Um 9 Uhr abends:

„Der Zarewitsch“

Drama in 3 Aufzügen von Gabriele Zapolska, deutsch von Bernhard Schallit.

Kartenvorverkauf von 11—1 und 4—7 Uhr nachm. an der Tageskasse der Scala und bei Firma Arno Dietel, Petrikauer 157. 464

Um zwei schöne Augen.

Roman von S. Abt.

(Nachdruck verboten.)

(2. Fortsetzung.)

Vom Pferd herab hatte er ihr eine Kuhhand zugeworfen und dazu höchst reglementswidrig den Anfang eines gerade kursorientierten Couplets geträllert:

„Ach Adele, meine Seele“ —

Da waren wie der Blitz die Augen verschwunden, hinter den segnenden Hemdsärmeln untergetaucht, und nur ein ganz leises Lachen war noch zu ihm gedrungen.

Auch das Lachen war Adele gewesen.

Als er um die nächste Ecke ritt, da hatte er sie schon vergessen.

Aber wie er ein paar Tage später auf dem Kasernenhof kommandierte, zuckte plötzlich sein Kopf herum, als er von einem der offenen Fenster herüber ein weiches, leises Gurren vernahm. Ein gefühlvoller Kamerad hielt sich in seiner Kasernenbude ein Turteltaubenpärchen, und das turtelte nun und gurrte, daß es fast klang wie ein zärtliches Mädchenlachen.

Er mußte auf einmal wieder an Adele denken.

Eine Stunde später ging er sporenklirrend an dem Haus vorbei, in dessen Ladenlücke er sie gesehen.

„Glanz- und Feinplättere von Eberhardine Ruding“ — stand über der Ladenlücke.

Also ein kleines Plätt- und Wäschermädel war sie, vielleicht Frau Rudings Töchterlein.

Das war sie wirklich, die Älteste von vieren. Aber ein Wäschermädel war sie nicht. Frau Ruding war für aufsteigende Linie, Adele garnierte in einem eleganten Modengeschäft Hüte und feine Roben und wurde nebenbei, da sie ein wenig Englisch und Französisch sprach, zum

Bedienen verwandt, wenn Ausländerinnen in das Geschäft kamen. Gleich erfuhr er das alles nicht. Gleich sah er überhaupt Adele nicht wieder. Und als er ihr dann einmal unvermutet in einem andern Stadtteil begegnete, hielt sie die Augen gesenkt und tat nicht, als hätte sie ihn je gesehen, wie er sie lächelnd grüßte.

Aber die Straße, wo er ihr täglich begegnen konnte, die wußte er nun, und ein paar Tage später wußte er auch, welche Farbe ihre Augen hatten. Braun waren sie, wie ein weicher, dunkler Samt, auf den die Sonne goldne Plücker webt. Und die braunen Augen hatten ihn in stummer Bitte angesehen: „Grüß mich doch nicht immer und geh mir nicht nach.“

Da war er zur Seite getreten und hatte sie noch einmal gegrüßt wie eine Dame.

Darauf ging er ein paar Tage nicht wieder an dem Modemagazin vorüber, in dem sie arbeitete. Aber am folgenden Sonntag traf er sie, das jüngste Schwesterchen an der Hand führend, im englischen Garten. Erst ging er nur respektvoll grüßend vorbei, dann kreuzte er noch einmal ihren Weg, und über das Kind hinweg sprach er sie an.

Sie war zunächst sehr scheu, und ihre Augen baten wieder: „Geh doch von meinem Wege.“ Aber das Kind war ein guter Vermittler, und als er ihr dann später Lebewohl sagte, hatte sie zum ersten Male ihre kleine Hand in die seine gelegt und zu seinem „Auf Wiedersehn“ das Köpfchen geschüttelt.

Doch sie sahen sich wieder und wurden allmählich ganz vertraut miteinander. Noch war kein einziges Wort von Liebe zwischen ihnen geredet worden. Die Hände drückten sie sich, lächelten sich an und blickten sich in die Augen dabei.

Und allemal, wenn er heimkam, war's ihm, als bringe er sich etwas mit, so einen Duft und frohe Helle, als wäre er einen ganzen Tag lang draußen im Frühling gewesen unter lauter blühenden Blumen, und das

sah ihm nun noch in den Kleidern fest — oder in der Seele.

Und heute abend kam Herta zurück, seine Braut. „Ich will sie noch einmal sehen — noch ein letztes Mal!“

Ganz laut sagte es Heinz Werneburg plötzlich. Seine blauen Augen flammten dunkel. Um seinen fast mädchenhaft weichgeschnittenen Mund grub sich ein herrlich trotziger Zug.

„Heinz, du willst noch einmal fort?“ rief Frau Rothilde, als sie ihn am Abend dabei traf, wie er auf dem Korridor die Mäße sich vom Ständer nahm. „Du weißt, spätestens um neun Uhr müssen wir zur Bahn.“

„Ich weiß, Mutter.“

Ueber die Promenade, die wie ein Ring das elegante Villenviertel die Neustadt einschloß, eilte er der Altstadt zu. Doch seine Schritte wurden langsamer und langsamer, je mehr er sich der Hauptgeschäftsstraße näherte. Ein paarmal wollten seine Fäße sich wenden und schritten doch immer wieder voran. Nur noch einmal sehen wollte er sie. In wenig Stunden, wenn Herta kam, da war ja doch alles vorbei.

Vor einem Juwelierladen blieb er halb mechanisch stehen. Wenn er irgend etwas Hübsches zum Andenken schenkte? Aber er wurde rot, wie er es dachte, als hätte er sie damit herabgezogen.

Rascher ging er weiter und hielt plötzlich wieder den Schritt ein. Da vorn die zierliche Feine mit dem schwebenden Gang, mit dem dunklen Köpfchen, das so anmutig sich ein wenig gesenkt hielt, war sie das nicht? Das erstidende heiße Gefühl, darunter der Atem sich verfestete, quoll ihm wieder empor. Da hatte die Zierliche dort vorn sich gewandt, kam auf ihn zu, und er sah ihr Gesicht — ein hübsches Gesicht, ein bißchen Grazie, nichts weiter! Und er hatte einen Augenblick gewähnt, es könne Adele sein!

(Fortsetzung folgt.)

Für Steuerzahler!

Beratung in Sachen der Einkommen-, Umsatz-, Vermögens- und Mietssteuer; Bittgesuche an die Bezirks- und Friedensgerichte und sämtliche Behörden; Auskünfte in Wohnungs-, Rechts- und Anwaltsangelegenheiten; Besuche und Reklamationen; Uebersetzungen von jeglicher Art Schriftstücken in Polnisch, Deutsch, Russisch; Abschriften auf der Maschine erledigt

Das Sekretariat der D. A. P. Zamenhofs 17.

Gesangssektion der Ortsgruppe Lodz der D. A. P.

Am Sonnabend, den 31. Januar I. J., um 7 Uhr abends, veranstalten wir im Saale des Vereins deutschsprechender Meister und Arbeiter, Andrzejowska 17, einen großen

Unterhaltungsabend.

In der Vortragsfolge: Auftreten des Chors, humoristische Vorträge, Konzertsstücke und verschiedene Uebersetzungen. — Nachher: Tanz.

Alle Mitglieder und Gönner der Sektion werden hierzu herzl. eingeladen. Bon Donnerstag ab Eintrittskarten im Vorverkauf, Zamenhofs 17. Der Vorstand.

Billigster Verkauf

gegen bar und Ratenzahlungen nur bei

„WYGODA“ Petrikauer 238

seidene gedruckte Blüsch-Mäntel,

Damen- und Herren-Garderoben sowie Manufakturwaren in größter Auswahl. 1683

Große Ueberraschungen für die Frühjahrs- und Sommersaison in Vorbereitung.

Wege zum Frieden.

Von Paul Faure,
Mitglied der französischen Kammer (Paris).

Meine Stellung und meine Mittel erlauben mir nicht, die Schuldfrage in der Nichträumung der Kölner Zone zu erörtern. Alle die Texte und diplomatischen Urkunden, die uns von diesseits und jenseits der Grenze vorgelegt werden, stoßen in widerspruchsvollen Versicherungen hart aufeinander, und so fällt es einem sachlichen Kopfe schwer, klar auseinanderzuhalten, wo das gute Recht, die Billigkeit, die Wahrheit beginnt und wo das alles aufhört. Von der einen Seite wird die deutsche Regierung ausdrücklich beschuldigt, gewisse Vorschriften des Versailler Vertrags, besonders in der Abrüstungsfrage, verletzt zu haben. Auf der anderen Seite wird diese Schuld geleugnet.

Die Folgen davon sind: Uneinigkeit, Drohungen, Zornesausbrüche, bissige und heftige Zeitungs-polemik auf beiden Seiten.

Unter diesen peinlichen und schwierigen Umständen dürfen die Sozialisten ihre Kaltblütigkeit und ihre Urteilsfähigkeit nicht verlieren. Sie müssen sich vor allen Dingen darüber klar sein, daß jede Verschlimmerung der europäischen Beziehungen, und ganz besonders jede Spannung zwischen Paris und Berlin, den beiderseitigen Nationalismus, den Militarismus und alle diejenigen Verbände stärkt, die ihre Kraft einzig und allein aus den Quellen der Rache und des Hasses schöpfen.

Nichts wird die französischen Sozialisten davon abbringen können, mit aller Macht auf die Versöhnung der beiden großen Länder, auf die Tilgung der Erinnerungen an den brudermörderischen Krieg und auf die Auffindung des Weges zu immer friedlicheren Beziehungen hinzuwirken.

Die Wahlen vom Mai 1924 haben in Frankreich den politischen Schwerpunkt verlegt. Von Poincare kam man zu Herriot. Das ist ein Fortschritt und ein Vorteil. Aber die Kräfte des Nationalblocks — den die Hammerschläge der Wähler stark erschüttert haben, sind immer noch mächtig. Sie verfügen über eine zahlenmäßig noch starke Minderheit in der Kammer, über einen in zwei Teile gespaltenen Senat, in dem Poincare viel zu sagen hat, und über eine reiche und vielgelesene Presse. Es wäre unvorsichtig, diese Kräfte falsch einzuschätzen.

Bei der Unruhe und Ungewissheit der öffentlichen Meinung werden die Nachrichten aus

Deutschland geschickt und oft hinterlistig ausgeschlachtet seitens der Rechtspresse und seitens anderer, denen es daran liegt, ohne Unterlaß Zwietracht zu säen. Jedesmal wenn das Reich so hingestellt werden kann, als rüste es sich auf eine Rückkehr zum Militarismus und auf einen Rachekrieg, schlagen bei uns die Nationalisten daraus Kapital.

So oft wir aber im Gegenteil einen Fortschritt der Demokratie und des Sozialismus jenseits des Rheins feststellen können, kommt uns das in unserem alltäglichen harten Kampf gewaltig zu statten.

Unvermeidlich gibt es in diesem furchtbaren Zweikampf gute und schlechte Tage. Doch wir wollen den Mut nicht verlieren und wir wollen uns den notwendigen und fruchtbringenden Glauben erhalten, welcher Berge versetzt. Wir wollen vor allem unermüdet und unverzagt weiter wirken.

Und dann werden es uns schließlich die Volksmassen doch glauben, daß nur der ein guter Deutscher und nur der ein guter Franzose ist, der die Zivilisation auf den Sozialismus und auf dem Frieden aufbauen will.

Man liebt sein Land nicht und man ist Feind der Menschheit, wenn man an die Wirksamkeit der Bajonette glaubt und wenn man die Möglichkeit eines künftigen Krieges nicht für die heillosste Katastrophe ansieht, die je die Völker und die Einzelnen bedroht hat.

Zeitungskrieg um den Einfluß des Klerus.

Im „Chlopski Sztandar“, dem Blatt der „Wyzwolenie“, erschien vor einigen Tagen ein sensationeller Artikel aus der Feder einer Olga Lisowska aus Rabla, Kreis Myslowice, in der die Verfasserin auf die Gefahren hinweist, die Polen durch die Tätigkeit der katholischen Geistlichkeit in den Ostgebieten drohen.

Die Verfasserin führt einige krasse Fälle an, wonach die katholische Geistlichkeit in den Ostgebieten die Bevölkerung durch geschickte Manöver in den Hunger und das Elend treibt, um sie zur Annahme des katholischen Glaubens zu zwingen.

Diese Enthüllungen des „Chlopski Sztandar“ haben in der polnischen Rechtspresse einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Die Verfasserin des Artikels wird als Bolschewistin gestempelt und der Staatsanwalt aufgefodert, sich dieser „Staatsfeindin“ anzunehmen.

Leider hat aber Frau Lisowska, wie uns die Abgeordneten aus den Ostgebieten versichern, Recht. Das Netz der Jesuiten zieht immer größere Kreise.

Eine baldige Besserung ist jedoch kaum zu erwarten, da das Konkordat mit Rom die Stellung der katholischen Kirche in Polen noch mehr festigen wird.

Oeffentliche Gelder für Parteizeitungen.

Aus Lemberg wird nachstehende für gewisse polnische Blätter charakteristische Tatsache gemeldet: Aus Anlaß des 150jährigen Bestehens der „Gazeta Warszawska“ wandte sich an das Präsidium der Stadt Lemberg ein Vertreter der Zeitung mit dem Vorschlage, für 3000 Zloty einen Artikel über die Stadt Lemberg in der Jubiläumsnummer zu veröffentlichen. Vizepräsident Stahl erklärte sich mit dem Vorschlage einverstanden und beauftragte den Direktor des Archivs mit dem Schreiben des Artikels, u. zw. sollte der Artikel 2 Seiten für 6000 Zl. füllen. In der Finanzkommission wurde jedoch der Antrag des Vizepräsidenten, für den Artikel 6000 Zloty auszugeben, mit Entrüstung abgelehnt. Die Kommission war der Ansicht, daß es ein Skandal sondergleichen sei, wenn die Stadt Lemberg für die Aufnahme eines Artikels 6000 Zloty zahlte und noch dazu einer Zeitung, die während des Kosciuszko-Aufstandes im Solde der preussischen Regierung stand. Während des November- und Januaraufstandes wurde die Zeitung von der zaristischen Regierung erhalten.

Vizepräsident Stahl sah sich deshalb genötigt, seinen Antrag zurückzuziehen. Aus seiner Begründung ist zu erwähnen, daß die Stadt Krakau für 4 Seiten der Jubiläumsnummer der „Gazeta Warszawska“ 12000 Zloty bezahlt hat, Warschau für 6 Seiten 18000 Zloty, Posen und Wilna für je 2 Seiten zu 6000 Zloty.

Das Organ der Nationaldemokratie, das so stolz auf seinen „Patriotismus“ ist, schämte sich nicht, öffentliche Gelder als Nebeneinnahmen für die Ausgestaltung der Jubiläumsnummer sich auszahlen zu lassen. Die Hauptsache ist, daß das Geschäft geht, ob es Steuergelder oder Parteigelder sind, mit denen sie ausgehalten wird, ist der „Gazeta Warszawska“ gleich.

Schlechte Nachrichten aus Rom.

Der Vorsitzende der römischen Hoteliersvereinigung Girani hat dem „Popolo d'Italia“ sein Leid darüber geklagt, daß der Pilger- und Fremdenstrom anlässlich des Heiligen Jahres keineswegs den hoffnungsvollen Erwartungen entspreche, die man an dieses Jahr geknüpft habe. Die Hotelbesitzer haben im letzten Augenblick teure Verbesserungen und Verschönerungen vorgenommen. Sie seien in ihren Erwartungen schwer getäuscht worden. Auch die gewohnten Gäste seien in diesem Jahre ausgeblieben. Die Hotels stehen zur Hälfte leer, von der ausländischen Kundschaft sei nur ein Drittel gekommen. Immer mehr komme man zu der Ueberzeugung, daß das Heilige Jahr für das Hotelgewerbe ein schlechtes Geschäft bedeuten werde.

die Vernunft siegte. Er wandte das Gesicht weg und eilte, ohne sich umzudrehen, hinaus. Seine Lippen preßten sich aufeinander, als habe er einen bitteren Trunk getan.

Seit zwei Stunden saßen die Ministerpräsidenten Deutschlands, Frankreichs und Rußlands im Auswärtigen Amt in der Wilhelmstraße zusammen. Sie hatten sich hier getroffen, um sich über eine gemeinsame Haltung in dem zu erwartenden englisch-amerikanischen Konflikt zu verständigen. Doktor Bauer, der Vertreter Deutschlands, faßte das Ergebnis der langen Unterhaltung noch einmal kurz zusammen.

„Die Sympathien... oder vielleicht sage ich besser die Antipathien... für die beiden Gegner sind in den von uns vertretenen Ländern ziemlich gleichmäßig verteilt. Wir haben keinerlei Grund, uns von dem einen oder dem anderen ins Schlepptau nehmen zu lassen. Wir sind an Amerika verschuldet, und England wird uns wahrscheinlich die Annullierung unserer amerikanischen Schulden als Belohnung für eine Gefolgschaft in Aussicht stellen.“

Der baltische Baron von Fuchs, der Vertreter Rußlands, nickte schweigend mit dem mächtigen Schädel. Er gedachte der Zeit vor vierzig Jahren, als sein Vaterland sich als erstes europäisches Reich für englische Interessen verbündete. Der hzigere Franzose plägte mit einem Zwischenfah heraus.

„C'est ça... wir bluten, und England erntet.“ Der Deutsche fuhr fort: „Ich rekapituliere weiter. Es ist für uns auch wirtschaftlich vorteilhafter, die unbedingte Neutralität zu wahren und für die beiden kriegführenden Parteien mit allen Kräften zu liefern. Die Industriegemeinschaft, welche die französische und deutsche Industrie seit fast einem Menschenalter verbindet, wird die Abmachungen über die Preise für Kriegsmaterial aller Art erleichtern. Um auch Einheitlichkeit

Die Macht der Drei.

Ein Roman aus dem Jahre 1955
von Hans Dominik.
(26. Fortsetzung.)

Glossin schwieg. Seine Stimme war während der letzten Worte immer leiser geworden, sein Atem ging schwer. Er richtete sich auf und starrte auf Jane, welche die Hände vor das Gesicht geschlagen hatte und weinte. Er war enttäuscht und überrascht, aber nicht abgeschreckt, nicht entmutigt.

„Verzeihen Sie mir, Jane. Ich habe Sie mit meiner stürmischen Werbung erschreckt. Ich will Ihnen Zeit lassen, mir die Antwort zu finden. Sie werden mich näher kennen- und liebenlernen.“

„Nein, Nein! Ich liebe Sie nicht, ich werde Sie nie lieben!“

Jane rief es und brach in neue Tränen aus, in leidenschaftliche, unaufhaltsame Tränen. Glossin wurde totenbleich.

„Ist das die Antwort? Haben Sie kein Verständnis für das, was ich leide, kein Gefühl, kein Mitleid?“

Seine Augen flammten unheimlich auf, seine Brust arbeitete heftig. Die Leidenschaft übermannte ihn. Er warf sich ihr zu Füßen nieder und flehte um Erhörung. „Nein, ich will Sie nicht länger hören.“

Jane war aufgesprungen und wich abwehrend vor dem Doktor zurück.

„Ich will nicht... will nicht“, und ehe er Zeit hatte, sich zu erheben, hatte sie sich umgewendet und eilte in fliegender Hast den Abhang hinunter.

Mit einem Ausruf, halb Seufzer, halb Fluch, starrte ihr Glossin nach... Was beginnen? Mit innerer Qual durchlebte er den Austritt in Gedanken noch einmal. Und dann überkam ihn mit wütender Scham das Bewußtsein, daß er verschmäht war.

Er schlug sich mit geballter Faust vor die Stirn, als wollte er alle bösen Gewalten hinter ihr wieder erwecken.

„Tor, der ich war! Welcher Teufel verblendete mich? Diesem Logg Sar gilt ihre Liebe, nicht mir. Er soll mir nicht entgehen, und wenn die Hölle mit ihm und seiner Erfindung im Bunde stände!“

So schnell, als es ihm möglich war, eilte er dem Hause zu. Ohne Zaudern trat er in Janes Stübchen.

Dr. Glossin sah durch die halbgeöffnete Tür, die zu dem Schlafzimmer führte, daß Jane vor einer Handtasche kniete und Kleider und Wäsche hineinpackte.

„Ah, wie ich dachte. Doch nein, mein Kind, nicht wie du willst, sondern wie ich will. Und ich will dich an Reynolds-Farm fetten, fester, als Wächter und Gitter es vermöchten.“

Er streckte die Hand gegen sie aus und trat langsam auf sie zu. Jane drehte sich um und öffnete den Mund, als wolle sie einen lauten Schrei ausstoßen. Doch kein Laut kam über die Lippen, die sich langsam wieder schlossen.

„Der Morgenspaziergang wird Sie müde gemacht haben, liebe Jane. Legen Sie sich auf den Diwan, und ruhen Sie bis zum zweiten Frühstück. Wir werden es gemeinsam in der Laube am Bach einnehmen, und danach werde ich mich zur Abreise rüsten. Wird es Ihnen leid tun, wenn ich wieder fortgehe?“

„O sehr, Herr Doktor! Ich werde traurig sein, wenn ich wieder allein bin... ohne Sie.“

Glossin nickte, ein bitteres Lächeln grub sich um seinen Mund. Er trat an das Ruhebett, auf das sich Jane mit geschlossenen Augen niedergelegt hatte, heran und setzte sich an dem Rande nieder. Er fühlte ihren warmen Atem. Der Duft ihres äppigen Haares, ihres jugendlichen Körpers umschwebte ihn. Ihre halbgeöffneten Lippen schienen nach Rußen zu verlangen. Er öffnete die Arme, als wollte er sie umschlingen. Doch

Wie in Amerika politische Schlagwörter entstehen.

Viele der bekannten Ausdrücke in der amerikanischen Politik verdanken ihren Ursprung gewissen Scherzen, die erst in einzelnen Gegenden bekannt waren und sich dann über das ganze Land verbreitet haben. Heute gibt es z. B. in Amerika keine Wahl, bei der nicht ein triumphierend krähen der Hahn irgendeine Rolle spielt. Damit hat es folgende Bewandnis. Es gab einmal im Staate Indiana einen eifrigen Politiker namens Chapman. Er war in der ganzen Gegend bekannt durch seine glänzende Fähigkeit, das Krähen des Hahnes nachzuahmen. Wenn nun seine Partei einen Sieg errufen hatte, pflegte er zum Zeichen der Freude ein besonders schönes Krähen anzustimmen. Eines Tages schickte jemand einer Zeitung in Indiana eine Notiz über Chapmans Hahn, der nun seine Kunde durch die gesamte amerikanische Presse machte und zur nationalen Berühmtheit wurde. Ein ähnlicher Fall spielte sich einmal im Staat Massachusetts ab. Der Gouverneur Gerry besaß ein fabelhaftes Gesicht, die Wahlbezirke geometrisch so abzugrenzen, daß seine Gegner von vornherein zur Niederlage verdammt waren. Einmal erklärte in einer Versammlung der Redner, daß einer dieser schönen Wahlkreise aussehe wie ein Salamander. Darauf erfolgte der Zwischenruf: „Nein, Gerrymander.“ Seitdem ist dies Wort in Amerika viel gebraucht worden, wenn eine raffinierte Wahlkreiseinteilung gekennzeichnet werden sollte. Einen ähnlichen zufälligen Scherz verdankt auch der Name „Uncle Sam“ seine Entstehung. Der historische Onkel Sam hieß Samuel Wilson und war im Jahre 1812 Aufseher in einem Regierungsmagazin. Die Waren, die bei ihm eingeliefert wurden, trugen nun als Staatsgut die Bezeichnung U. S. (United States). Ein Arbeiter, der diese Abkürzung nicht verstand, fragte den Aufseher, was sie bedeute. Wilson erwiderte lachend: „Uncle Sam Wilson“. Der Scherz ging von Mund zu Mund, kam bald in die Presse, und so ist Uncle Sam, wie der „New York Herald“ pathetisch schreibt, die „Personifikation des Genius des amerikanischen Schicksals“ geworden.

Dichter und Polizisten als Ballettänzer.

Wie der bekannte irisch-englische Dramatiker Bernard Shaw, zwei Polizisten, ein Briefträger und ein Milchmann sich einmal auf einem öffentlichen Platz von London in den frühen Morgenstunden als Ballettänzer versuchten, das erzählt Lincoln Springfield in seinem soeben erschienenen Erinnerungsbuch „Einige pikante Leute“ nach dem Bericht, den ihm der große Dramatiker selbst darüber gegeben. Der lustige Vorfall ereignete sich in jenen Tagen, da Shaw noch als Musik- und Theaterkritiker eine sehr gefürchtete Tätigkeit ausübte. „Eines Abends“, schreibt Springfield, „ging Shaw in die Alhambra, die damals durch ihre Ballettaufführungen berühmt war, und bewunderte hier die großartigen Pirouetten von Vincenti, dessen von einer Umdrehung um die eigene Achse begleiteten Sprünge über die ganze Bühne allgemein Sensationen hervorriefen. Der Dichter hatte einen so starken Eindruck von dieser Leistung, daß er auf den kühnen Gedanken kam, zu probieren, ob er so etwas nicht auch könne. Er wohnte damals in Fitzroy Square, und als er, von der Vorstellung heimkehrend, auf dem großen menschenleeren Platz ankam, da erschien er ihm in der hellen heiteren Nacht als der geeignetste Ort, um sofort mit seinen Ballettkünsten zu beginnen und einige Sprünge in der Art Vincentis zu versuchen. Aber diese Pirouetten erwiesen sich als äußerst schwierig auszuführen. Als er zum 14. Mal bei dem Bemühen, sich um seine eigene Achse zu drehen, hingefallen war, wurde er plötzlich von einem Schuhmann gepackt, der ihn fest am

Kragen hielt und fragte: „Was machen Sie denn hier eigentlich? Ich beobachte Sie schon die ganzen letzten fünf Minuten.“

Shaw war um die Erklärung seiner merkwürdigen Uebungen nicht verlegen und schilderte mit begeistertem Redeschwall dem Hüter der nächtlichen Ordnung die Tanzwunder, die er soeben miterlebt hatte. Der Schuhmann wurde von dieser Begeisterung angesteckt und erklärte: „Wenn Sie mir mal einen Augenblick den Helm halten wollen, dann will ich es auch versuchen. Es scheint gar nicht so schwer zu sein.“ Die Folge dieses Entschlusses war, daß er im nächsten Augenblick mit der Nase auf dem Pflaster lag. „Ich glaube, mein Uniformrock hat mich gehindert“, sagte er kopfschüttelnd. So zogen denn beide, Shaw und der Schuhmann, ihre Röcke aus, und gingen auf dem Platze von neuem zu Springen an. Das betrieben sie eifrig, bis ein Polizeiwachtmeister erschien und ihnen mit strengen Worten ihr Benehmen verbot. Der Schuhmann fügte sich nur ungern dem höheren Befehl, weichte aber den Wachtmeister in den tieferen Sinn ihrer Sprünge ein und erklärte, er wolle 10 Schilling wetten, daß der Wachtmeister das auch nicht könne. Dieser konnte dem verlockenden Angebot nicht widerstehen und versuchte sich nun ebenfalls in den Pirouetten, während Shaw durch die halbbrecherischen Verrenkungen den Eifer des anderen anfeuerte. Allmählich fanden sich noch zwei andere Passanten hinzu, die zu so früher Stunde — der Tag war unterdessen angebrochen, — vorbeikamen. Es waren ein Briefträger und ein Milchmann, und Shaw versichert, daß der Milchmann so leidenschaftlich gesprungen sei, daß er ein Bein brach und ins Krankenhaus geschafft werden mußte. . . .

Zur Geschichte der menschlichen Dummheit.

In Sutterbach bei Mühlhausen übte eine sechzigjährige Frau namens Burghardt das Gewerbe einer Kartenlegerin aus. Nach den Erhebungen der Gendarmerie haben sich mehr als fünf hundert Personen von ihr bezaubern lassen. Wie sie ihre Opfer schröpfte, zeigen folgende zwei Fälle, derenwegen sie sich vor Gericht zu verantworten hatte. Eine Frau, die ihren Gatten verloren hatte, ließ sich von Frau Burghardt die Karten legen. Diese offenbarten ihr, daß der tote Gatte ihre Wiederverheiratung wünsche und daß ein schöner junger Mann, der derzeit krank sei, sie liebe. Die Kartenlegerin ließ sich Geld und Lebensmittel für den Liebhaber geben; nachdem dies einige Zeit gedauert hatte, sagte sie, der junge Mann sei gestorben, aber einer seiner Freunde liebe jetzt die Witwe. Durch Vermittlung der Frau Burghardt entwickelte sich ein Briefwechsel zwischen der Frau und dem neuen Liebhaber, der natürlich ebensowenig existierte wie der erste; ja, die Frau verlobte sich mit dem Manne, den sie nie gesehen hatte, und sendete ihm durch die Kartenlegerin wertvolle Geschenke. Als sie endlich, nachdem sie bereits große Opfer gebracht hatte, Verdacht schöpfte, kam der Betrug zutage. Der zweite Fall betrifft ein junges Mädchen aus Mühlhausen, das in Paris von einem Manne geschwängert worden war, dessen Namen sie nicht kannte. Sie wendete sich an Frau Burghardt, damit sie den Verführer ausfindig mache. Diese befragte die Karten und den Kaffeesatz und stimmte Beschwörungsgebete an. Aber sie brauchte zu ihrem Zauber Geld und Wäsche, die nach gewissen Riten verbrannt werden müsse. So lockte sie dem törichten Mädchen sechstausend Franken und ihre ganze Ausstattung heraus. Das Gericht verurteilte Frau Burghardt zu zwölf Monaten, ihre Tochter, die ihr bei den Betrügereien behilflich gewesen war, zu acht Monaten Kerker.

Kleine Beiträge.

Ein Bischof wegen Betrug verhaftet.

Vor wenigen Tagen wurde Bischof Bast, das Methodistenoberhaupt für Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland, von der Kopenhagener Kriminalpolizei in Untersuchungshaft gefügt. Er steht in dringendem Verdacht, umfangreiche Betrügereien begangen zu haben. Bast gehört zu den bekanntesten Persönlichkeiten der christlichen Wohltätigkeit in Skandinavien. Die Methodistenzentrale in Amerika hat ihn als Oberhaupt der skandinavischen Methodistenvereine eingesetzt und seit seiner Bischofswahl im Jahre 1903 hat er unzählige Sammlungen für Kirchenbauten, Altershilfe, Alkoholbekämpfung, Kinderpeinungen usw. veranstaltet. In den weitesten Kreisen galt er als tief religiöser und sozial denkender Mensch. Allerdings ist schon seit Jahren von seinem unkräftigen, luxuriösen Leben gesprochen worden und man munkelte, daß er einen Teil der eingelaufenen Spenden für sich selbst verwendete. Eine Untersuchung, die auf sein Verlangen im vorigen Jahr unter der Kontrolle des früheren bürgerlichen Justizministers gegen ihn geführt wurde, blieb erfolglos, da er über hohe Beträge, die aus Dänemark und aus Amerika eingegangen waren und für welche die Belege fehlten, die Auskunft verweigerte, mit der Begründung, daß er über sie nur dem Methodistenvorstand in Amerika Rechnung ablegen dürfe. Ein Kreis von Leuten, die an seinen Wohltätigkeitskommissionen beteiligt waren, verfolgte aber die Angelegenheit weiter und ließ dem dänischen Reichsanwalt Anzeige gegen ihn machen. Dieser hielt das Material für so gravierend, daß er Bischof Bast nun wegen Verdunfelungsgefahr festnehmen ließ.

Der serbische Gendarm und die Hexe.

Auch in unserer Zeit, in der man sich gern aufgemäht dünkt, gibt es genug Leute, die noch an Hexen, Zauberer und Gespenster glauben. Bei uns ist das in den meisten Fällen nur bei der Bevölkerung der Dörfer, die in kleinen ländlichen Orten, weit ab von den großen Städten, wohnt. In Serbien dagegen scheint auch das Beamtenum noch von dem Hexenwahn angekränkt zu sein. In einem serbischen Orte beschuldigte die Frau eines Gendarms eine ihr unangenehme Nachbarin der Hexerei, worauf der Herr Gendarm und Gemahl sich diese „Hexe“ in sein Büro kommen ließ, und sie prügelte, um von ihr ein Geständnis und eine Zurechnung der Zauberei zu erzwingen. Er mißhandelte die Frau, die das Hexengeständnis natürlich nicht machen konnte, so lange, bis sie tot zusammenbrach. Der tüchtige und intelligente Beamte erhellte darauf von dem zuständigen Gericht ein Jahr Kerker. Diese geringe Strafe ist wohl ein Beweis dafür, daß der Totschlag einer Hexe in Jugoslawien keineswegs als ein sonderlich ahndungswürdiges Verbrechen angesehen wird.

Klops.

In dem „Europa-Almanach“ des Verlages Kiepenheuer findet sich das folgende Zeugnis einer Berliner Selbstbegegnung:

Ich sitze da und esse Klops.
 Ach einmal Klops's.
 Tolle, liebe, staune, wundre mir,
 Ach einmal hebt se uff, de Tür.
 Manu denk ich, ich denk nanu,
 Jez is se uff, erscht war se zu?
 Ach ich jeh raus und blicke
 Und wer steht draußen? — Tolle!

mit der russischen Industrie zu sichern, wird so schnell wie möglich ein Industrieausfluß der drei Länder gebildet. Die beiden Kriegsführenden müssen uns jeden Preis bewilligen. Wir werden die Preise so stellen, daß wir unsere Schulden loswerden und darüber hinaus verdienen. Das, meine Herren, wären die ersten beiden Punkte unserer Abmachungen. Unbedingte Neutralität und Lieferung an beide Teile zu vereinbarten Preisen.“

„Das sind unsere Abmachungen.“ Der Baron von Fuchs sagte es langsam und bedächtig.

Das war der Kern der Sache! „Neutral bleiben, verdienen und einig sein.“ So präziserte es der Marquis de Villaret noch einmal in drei Schlagworten.

„Dann, meine Herren, werde ich, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, ein Komunique für die Abendblätter ausgeben lassen. Der telegraphische Bericht wird für Moskau und Paris noch zurecht kommen. Das Komunique wird nur den Beschluß der Neutralität und die feste Entschlossenheit, diese mit allen Mitteln zu bewahren, enthalten. Die wirtschaftlichen Abmachungen bleiben vorläufig unerörtert.“

Der Baron von Fuchs und der Marquis de Villaret bestiegen ihre vor dem Amte wartenden Kraftwagen.

Die Nachricht von der Konferenz der drei Ministerpräsidenten hatte ganz Berlin, ganz Deutschland und ganz Europa in Aufregung gebracht. Dr. Bauer begleitete seine auswärtigen Kollegen bis an den Wagenschlag, und während er ihnen zum Abschied noch einmal die Hand schüttelte, sagte er: „Unbedingte Neutralität.“ Er sprach es so laut, daß die Nahestehenden es deutlich verstehen konnten. Wie ein Lauffeuer ging das Wort die Straße hinauf. Es lief die Linden entlang und flatterte von Mund zu Mund durch die Leipziger Straße. „Unbedingte Neutralität!“ . . . „Wir bleiben neutral!“ . . . „Wir lassen uns von keinem an den Schlitten fahren!“ . . . „Die Brüder sollen ihre Sache selber besorgen!“ . . .

Reinhard Ikenbrand, der Chef der großen Essener Stahlwerke, saß mit den vier Generaldirektoren der Werke zu intimer Besprechung versammelt.

„Meine Herren, wir müssen für unsere Werke zu der politischen Lage Stellung nehmen. Ich glaube nicht mehr, daß sich die weltgeschichtliche Auseinandersetzung zwischen England und der Union aufhalten läßt. Der Wetterzeichen sind zu viele, als daß ich noch an eine friedliche Entspannung glauben könnte.“

Der junge energische Chef der Werke machte eine kurze Pause und blickte seine Mitarbeiter an.

Reinhard Ikenbrand fuhr fort: „Nehmen wir den Konflikt als sicher an, so ist die Stellung Deutschlands und Europas zu ihm das Nächstwichtigste . . . für uns das Wichtigste. Nach meinen Berliner Informationen wird Europa neutral bleiben. Die Pressestimmen, die sich seit einigen Tagen mit der Annullierung der europäischen Amerikahulden durch ein siegreiches England befassen, halte ich für bestellte Arbeit. Eine direkte Beteiligung Europas an diesem Kriege wäre selbstmörderisch.“

Es ist klar, daß wir beide Parteien beliefern können, ohne unsere Neutralität zu verletzen. Die Sentimentalität haben wir Gott sei Dank verlernt. Mögen im Publikum Sympathien für diese oder jene Seite hier oder dort vorhanden sein. Für uns ist es reines Lieferungsgeschäft. Eine Möglichkeit, durch intensive Arbeit unsere Volkswirtschaft zu heben . . . die letzten Spuren vergangener Kriegsjahre zu tilgen.“

Philipp Jordan der Geschäftsführer erbat das Wort. „Die Transportfrage ist für England sehr einfach. Es bringt die Fabrikate auf dem Landwege und durch den Kanalunnel bequem auf die Insel. Bis Calais deckt die Neutralität die Transporte. Von dort der Untertunnel . . . wenn er nicht wider Erwarten von amerikanischer Seite zerstört wird.“

Aber die Transportfrage ist nicht unsere Sorge. Sie ist nicht einmal die Hauptfrage der Kriegführenden. Beide

Parteien werden vielfach nur kaufen, um die Ware für den Gegner zu sperren, und werden sie ruhig hier im Lande lassen.“

„Dann die Frage der Preise?“

Reinhard Ikenbrand sagte es mit einem Blick auf Georg Baumann.

„Die Preise sind durch die deutsch-französische Industriegemeinschaft festgelegt. Nach unten, nicht nach oben . . .“

Georg Baumann legte die Hand auf eine starke Preisliste.

„Hier sind die Grundpreise für Stahl und alle Stahlfabrikate. Wir haben in der Gemeinschaft verhandelt und für den Fall des Kriegsausbruches einen sofortigen Aufschlag von 300% in Aussicht genommen.“

„Was sollen wir verkaufen?“

Die Frage des Chefs war allgemein gestellt.

Ein Klingelzeichen der pneumatischen Post auf dem Seitentisch. Ein Briefchen sprang aus der Kapfel. Es war an Philipp Jordan adressiert. Reinhard Ikenbrand runzelte unwillkürlich die Brauen. Die Konferenz sollte nicht gestört werden.

Jordan riß den Umschlag auf.

„Das Wettrennen hat begonnen. Mein Vertreter meldet mir, daß Mr. Stamford als Bevollmächtigter von Cyrus Stonard bei ihm ist. Er will unsere gesamte Rohstahlerzeugung ab Kottile kaufen. Felt für zwei Jahre. Zweitausend Dollar die Tonne.“

„Alle Wetter. Der Herr aus Amerika hat es eilig.“

Der Ruf entfuhr Fritz Deltjen, der um seinen Stahl besorgt war.

„Wird nicht gemacht.“ Ikenbrand sagte es kurz und knapp. „Nur feste Mengen zum Konventionspreise.“

Jordan schrieb die Antwort nieder und schickte sie durch die pneumatische Post zurück.

(Fortsetzung folgt.)